

Vortrag am 13.07.2015

## **Erziehung im Käfig erzieht zum Leben im Käfig – aus gelungenen Reformen lernen.**

von Charlotte Köttgen

Die Geschichte der politischen Wahlkämpfer gleicht Wiederholungstätern: Mit dem Versprechen die Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren, soll die Erziehung schwieriger Jugendlicher unter Zwang erfolgen, so wird die Einführung geschlossener Unterbringung (GU) regelmäßig wieder propagiert. Das Versprechen wurde nie eingelöst, die Misserfolge sind im nächsten Wahlkampf schon verleugnet und vergessen. Wer verantwortet die Fehlentscheidungen? In jeder Dekade kam es zur Wiedereinführung und alsbald wieder wegen Skandalen, zur Schließung der vorhandenen geschlossenen Einrichtungen.

In ihrer langen Geschichte haben abgelegene geschlossene Anstalten eben die Probleme erzeugt, zu deren Behebung sie eingerichtet waren, das wurde durch die Psychiatrieenquête 1975 eindrucksvoll gezeigt. Groß - Heime, Gefängnisse, Armen- und Irrenhäuser hatten weder Heilung noch Resozialisierung bewirkt, vielmehr kam es zu Verblödung, Hospitalisierung, Ausgrenzung, Bandenbildung und Kriminalität bei den Insassen, einem Ausschluss aus der Gesellschaft, ohne Chance auf Rückkehr. Geschockt durch diese Analysen, die den existierenden Anstalten elende, menschenunwürdige Bedingungen attestierten, folgte eine breite, bundesweite Reformbewegung, die sich auf Psychiatrien, Heime und Strafsysteme erstreckte.

Alarmiert durch die nicht enden wollende Berichterstattung über Zustände in der Feuerbergstrasse, Jugendheimen, wie der Hasenburg, zuletzt dem Friesenhof haben sich Jugendverbände seit langer Zeit kritisch mit den Vorwürfen von Rechtsbrüchen und überholt geglaubter schwarzer Pädagogik befasst. Vieles erinnerte an den Versuch Menschen umzudressieren.

Derzeit laufen rund 50 Gerichtsverfahren und ein Erzieher wurde am 20.01.2015 zu 1 ½ Jahren, wegen sexuellen Missbrauchs mit Abhängigen auf Bewährung verurteilt.

Rund 50 Kinder und Jugendliche aus Hamburg wurden seit 2008 in die Hasenburg <sup>1</sup> vermittelt., wiewohl erst 2008 in Hamburg der sogenannte Kinderknast, in der Feuerbergstrasse aufgegeben wurde. Es war zu Missständen, Rechtsbrüchen und Gewalt in der Einrichtung gekommen, insbesondere wurden wegen extrem hoher Personalfuktuation Security Mitarbeiter eingestellt, statt der versprochenen Betreuungskontinuität. Ein Untersuchungsausschuss (PUA) befasste sich bis zum Ende der Regierungsperiode damit diverse weitere Verstöße aufzudecken.

### **Diskreditierung der Jugendhilfe über Einzelfall -Skandale**

In den letzten 30 Jahren waren die Entscheidungen zur Wiedereinführung geschlossener Heime in Hamburg regelmäßig politisch motiviert. Um die Stimmung anzuheizen wurden Einzel- Fälle instrumentalisiert, dramatisch aufbereitet, so wurde Druck für mehr Zwang erzeugt.

---

<sup>1</sup> Ministerium für Bildung, Jugend, Sport des Landes Brandenburg: Bericht und Empfehlungen der unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Einrichtungen der Hasenburg GmbH. 30.10.2013

In allen Metropolen gibt es Fälle von Vernachlässigung, Gewalt gegen Kinder und auch durch Jugendliche. Umso mehr, je mehr die Familienarmut wächst. Weshalb sie aber grundsätzlich mit der Diskreditierung des gesamten Jugendhilfesystems einhergehen, statt die Defizite in den Strukturen zu beheben, und die Schuldigen unten an der Basis öffentlich gebrandmarkt werden, zeigt, dass mit unterschiedlichen Massen geurteilt und bewertet wird: Der medizinische – bzw. ärztliche Berufsstand genießen uneingeschränkt hohes Ansehen, obwohl es in Krankenhäusern zu ungleich mehr Todesfällen nach Kunstfehlern kommt, als in der Jugendhilfe.

### **„Menschen statt Mauern“**

Der Hamburg Senat beschloss 1980 unter dem Eindruck der Negativbilanz der repressiven Anstalten die Auflösung der geschlossenen Jugendheime. Dieser Beschluss wurde von einer breiten Fachöffentlichkeit getragen<sup>2</sup>. Diese nur 10 Jahre währende Erfolgsgeschichte sollte R. Schone 1989 untersuchen. Politikwechsel stand an. Die Dokumentation sollte den Nachweis des Scheiterns der repressionsfreien Erziehung belegen, kam aber zu gegenteiligen Aussagen<sup>3</sup>.

Meines Wissens wurde erstmalig das gesamte System der Jugendpsychiatrie, Straf- und Erziehungsheime einbezogen. Insbesondere wurde ausgewertet, wie viele Problem- Exporte nach außerhalb der Stadt, es zu jener Zeit gab. Interessant wären Evaluationsstudien zu den teuren, politisch legitimierten, repressiven Anstalten z.B. Feuerbergstrasse, Kuttula, Hasenburg, Friesenhof und deren Auswirkungen?

Bei der unverdrossenen Fixierung der Politik auf mehr Sicherheit durch Wegschluss ist es unverständlich, dass wissenschaftlicher Erkenntnisse und historischer Erfahrungen verleugnet und nicht herangezogen werden. Nicht nachvollziehbar ist der Verzicht bei diesen Debatten auf fachlichen Sachverstand.

### **Reformschub nach Auflösung der geschlossenen Unterbringung (GU)**

Die Phase nach 1980, also nach der Senatsentscheidung zur Auflösung der geschlossenen Heime, kurz oft GU genannt, hat in Hamburg seinerzeit einen unerwartet rasanten Reformschub und ausgelöst, der einherging mit einer sich verändernden paradigmatischen fachlichen Grundhaltung gegenüber den Betroffenen. Dies wurde allerdings zu allen Zeiten begleitet von einer hämischen Berichterstattung und Verunglimpfung der Reformer.

### **Erwähnenswert sind einige der Ergebnisse und fachlich-politischen Paradigmen in Stichworten:**

Reinhold Schone kommt in der genannten Untersuchung (1991) u.a. zu folgender Feststellung: „Jugendhilfe und Jugendpsychiatrie kooperieren auf einem relativ hohen Niveau gegenseitiger Akzeptanz der jeweiligen Fachkompetenzen miteinander, besonders im Vergleich mit anderen Bundesländern. Die jugendpsychiatrischen Kliniken in Hamburg

---

<sup>2</sup> Präses der Sozialbehörde war Jan Ehlers.

<sup>3</sup> R. Schone: Grenzfälle zwischen Jugendhilfe und Psychiatrie (1989) FHH, Amt für Jugend. FHH, Informationen, Standpunkte, Empfehlungen Band 10 1991

fühlten sich zu jener Zeit nicht als „Ausfallbürger“ für unbewältigte Krisen der Heimerziehung (sie behandelten de facto auch nur 4% Jugendliche, die aus Heimen kamen), die niedrige Bettenzahl sollte nach ihrem Dafürhalten auch nicht erweitert werden. Spezialeinrichtungen wurden von Seiten der Jugendpsychiatrien zu jener Zeit nicht gefordert“. (R. Schone ebd.)

Seitdem sind die Einweisungen (und Bettenzahlen) in den Jugendpsychiatrien bundesweit unaufhaltsam angestiegen: *Anstieg der stationären Behandlungen der 10-20 jährigen wegen Depressionen von 4.176 (2008) auf 12.567 2012 also um 400%.*<sup>4</sup>

### **Entwicklung von Alternativen zu Psychiatrisierung und zum Strafvollzug**

Die Abnahme der Anzahl Jugendlicher im Strafvollzug zeigte sich an den sinkenden Belegungszahlen im Jugendstrafvollzug: Rückgang um 2/3.

Im Jahr 1979 saßen dort 31 Jugendliche ein, im Jahr 1989, also 10 Jahre nach der Auflösung der geschlossenen Heime, waren es nur noch 12, viele straffällig gewordene Jugendliche nahmen an einem Diversionsprogramm teil, mit guten Ergebnissen. Resozialisierung statt Bestrafung, Alternativen zur Haft.

Die in der Boulevardzeitung düstere Prophezeiung, bezüglich auf Anstieg der Kriminalitätsraten und die Gefährdung der Bevölkerung, traten nicht ein, obwohl dies suggeriert wurde.

Nachdem die geschlossenen und Groß- Heime aufgelöst waren, gab es eine rasante Entwicklung hin zu alternativen Angeboten z.B. insbesondere wurde die Zusammenarbeit mit der Jugendpsychiatrie intensiviert, Hamburg verfügte damals über die niedrigste Bettenzahl, Krisenhilfen, kooperative Konzepte für die Beratungsarbeit durch Spezialisten, Geh- statt Kommstruktur u.a. Wohngruppen, Lebensgemeinschaften, bildeten sich.

Ein Ergebnis war: 1979 waren noch 2.545 Kinder und Jugendliche (8,1% aller Kinder- und Jugendlichen) stationär untergebracht, 1988 waren es dann nur noch 1.676 (7,1% aller Kinder und Jugendlichen) stationären Heim- Unterbringung konnten um mehr als 900 Plätze (1979-1988) reduziert werden  
Also mehr als 900 Heimplätze weniger.

### **Kein Export der Jugendlichen nach außerhalb der Stadt:**

Hamburger Kinder und Jugendliche sollten nicht nach auswärts exportiert werden. Dem wurde auch nachgegangen. Die Probleme sollten in Hamburg gelöst werden. Nur 7% der stationären Unterbringungen gingen 1989 nach außerhalb Hamburgs. Es handelte sich oft um Kinder in Pflegefamilien am Rande der Stadt.

Fachkompetenz im Umgang mit den Schwierigsten entwickelt sich nur, wenn Jugendliche, vor Ort sind. Wenn sie aus dem Gesichtsfeld verschwinden, verlieren sie ihr soziales Netz, und, das kommt hinzu: die Fachkompetenz für Kooperation vor Ort verkümmert auch.

---

<sup>4</sup> Statist. Bundesamt 2012

- ❖ fachpolitisch gewollt und gesteuert: Vermeiden und Verhindern ständiger Beziehungsabbrüche und Abschiebungen; Vermeidung von Ausgrenzung, Selektion und Defizitzuschreibung,
- ❖ die gezielte individuelle Förderung, Suche nach Ressourcen- nicht Defiziten sondern Fähigkeiten.
- ❖ die Normalisierung der Lebensbedingungen aller Kinder und Jugendlichen und Hilfen zur Integration in das soziale Umfeld;
- ❖ Die Entwicklung kooperativer Hilfestrukturen, in die auch die Spezialdienste einbezogen werden, (Verpflichtung zur Gehstruktur).
- ❖ Vorrang ambulanter und zugehender Unterstützungsmaßnahmen vor stationären Maßnahmen;
- ❖ die Entinstitutionalisierung der Hilfen, wie Auflösung der Anstalten,
- ❖ Orte schaffen für die Bewältigung von Lebenskrisen (Krisenhilfen);
- ❖ Resozialisierung und Haftvermeidung durch Diversionsprojekte, angesichts der hohen Rückfallquoten in Strafanstalten und geschlossenen Jugendheimen;
- ❖ Veränderte gemeinsame Haltungen für ein Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen in die Gesellschaft.<sup>5</sup>
- ❖ Qualifizierung durch Investition in bessere Ausbildung, Budgetverantwortung in die Region transferieren.

### **Fazit:**

**Reformen und die Fachleute im Feld brauchen Mut, Phantasie und politische Unterstützung, um auch** ungewöhnliches Settings im Einzelfall zu entwickeln. Das zeigt sich jetzt wieder bei dem Ansatz der Koordinierungsarbeit im parität, Wohlfahrtsverband, den Frau Peters vorstellt.

In 10 Jahren repressiver Erziehung kam es in Hamburg zur Abnahme der Heimeinweisungen, weniger Verurteilungen im Jugend- Strafvollzug, weniger Psychiatrie- Betten und Einweisungen, Problemexporten.

Die Fachpolitik reinvestierte die frei werdenden Gelder vor Ort. Die Kompetenzen der Fachleute vor Ort hatten sich auch gem. R. Schöne auf hohem Niveau weiter entwickelt.

### **Rückblick auf 30 Jahre Jugendhilfe und Politik in Hamburg – Wiedereinführung der GU und deren Scheitern:**

Wiewohl die Auflösung der GU 1980 - 10 Jahre lang - eine Erfolgsgeschichte war, wie R. Schöne mit einer Untersuchung gezeigt hatte,<sup>6</sup> gab es nach 1990, nach Wahlen und Politikwechsel, nur ein erklärtes Ziel: die Wiedereinführung der geschlossenen Unterbringung (GU) In täglichen Schlagzeilen wurden Jugendliche für diesen Zweck instrumentalisiert. Politiker gerieten unter Druck. Die Untersuchung verschwand auch alsbald in den Schubladen.

Seither gab es mehrere Formen der Geschlossenen Unterbringung von Hamburg aus :

- ❖ Kuttula /Finnland:

---

<sup>5</sup> Charlotte Köttgen: **Die Rückkehr zu Jugendpsychiatrie und Erziehungsheim. Forum 2006**

<sup>6</sup> R. Schöne: Grenzfälle zwischen Jugendhilfe und Psychiatrie (1989) FHH, Amt für Jugend. FHH, Informationen, Standpunkte, Empfehlungen Band 10 1991

Anfang 1990 (SPD/ GAL Regierung) Herr Björkmann aus Finnland versprach in den abgelegenen Wäldern, statt Mauern, schwierige Jugendliche in erfolgreiche, junge Menschen umzuerziehen.

Nach als baldigen Eklat und Bekanntwerden von Missständen, Entweichungen, Rückfällen und fragwürdigen pädagogischen Methoden, flüchtete er klammheimlich mit einigen der Jugendlichen nach Nepal. Kritiker in Hamburg wurden zum Stillschweigen verurteilt. Die Jugendlichen kehrten ebenso schwierig zurück.

❖ 2003 Feuerbergstraße „Kinderknast“

In Hamburg wurde in der Feuerbergstraße, der sogenannte Kinderknast von der rechtskonservativen Beust - Schill Regierung (mit Stacheldraht und Sicherheitstrakt) – ausgebaut, 200 Plätze wollte man geschlossen vorhalten.

Ein Familieninterventionsteam (FIT) wurde eigens gegründet - es diente der Identifizierung krimineller Jugendlicher.

ein Millionenprojekt, das nicht aus den Schlagzeilen herauskam. In einem Aufruf haben sich 1.700 Fachleute dagegen ausgesprochen.

Die rechtskonservativen Wahlkämpfer setzen auf Stimmen und auf die stets aktualisierbare Straflust in der Bevölkerung. Demonstrationen des FORUM für Kinder und Jugendarbeit unter dem Motto „entschlossen offen“ galten als ideologisch verirrt. Fachmeinungen so fundamental zu ignorieren hat Folgen. Bereits 2008 wurde die nie voll belegte Einrichtung, wegen anhaltender Pannen von der neu gebildeten Koalition (Schwarz-Grün) ohne <sup>7</sup> Debatten aufgegeben. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss hatte bis zuletzt über die Missstände berichtet<sup>8</sup>.

❖ Hasenburg<sup>9</sup> und andere Heime in Brandenburg:

Seit 2008 – lange von der Öffentlichkeit unbemerkt – haben sowohl schwarz/grün als auch die SPD- Regierung Kinder und Jugendlichen in geschlossene Heime nach Brandenburg (bekannt als Hasenburg - also rund 50 Jugendlichen aus der Hansestadt) – auch dann noch weiterbelegt, als zahlreiche Skandalberichte (Frontal 21 2012<sup>10</sup>) die Öffentlichkeit längst alarmiert hatten. Wieder hatten die Kontrollen versagt.

Eine Verbesserung im Verhalten der Jugendlichen war nicht eingetreten, im Gegenteil: sogar „Das Hamburger Abendblatt“ schreibt am 11.12. 2013: 76% der Hasenburg – Kinder rückfällig. Nachdem eine unabhängige Gutachterkommission die skandalösen Verhältnisse bestätigen musste, wird das Heim geschlossen. Die zuständige Ministerin in Brandenburg (Münch) entschuldigt sich bei den Betroffenen, in Hamburg wird wieder ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss gefordert<sup>11</sup>.

Als wenn die Fehlschläge nicht ausreichen, wenige Monate später – pünktlich zu Beginn des neuen Wahlkampfes in Hamburg und Bremen- fordert die CDU (Drucksache 20/12994 vom 16.09. 2014) schon wieder: Wann kommt die neue geschlossene Unterbringung. Bald darauf kommen Statements der mit parlamentarischer Mehrheit regierenden SPD, dass man an einem neuen Konzept zur GU arbeite.

---

<sup>8</sup> C. Köttgen in „Erziehen unter Zwang“.in Ausgegrenzt und mittendrin. IGFH Verlag, 2007

<sup>9</sup> Ministerium für Bildung, Jugend, Sport des Landes Brandenburg: Bericht und Empfehlungen der unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Einrichtungen der Hasenburg GmbH. 30.10.2013

<sup>10</sup> Frontal 21, ZDF, Beate Fraenkel und Joe Sperling: Geschäfte mit den Schwererziehbaren. 24.04.2012

<sup>11</sup> Senatsdrucksache zur Hasenburg(Bloemecke u.a.) : Drs. 20/10136, vom 27.01.2013: nein zur geschlossenen Unterbringung.; 20/10146: Einrichtungen der Hasenburg GmbH vom 06.12.2013; DRS die Grünen. 20/11315: Passgenaue Erziehungshilfen für Kinder und Jugendliche mit komplexem Hilfebedarf. Vom 04.04.2014

Vor allem die Taz recherchierte und berichtete regelmäßig, wie auch andere einschlägige Medien u.a. über das Geschäftsmodell der „Der Firma am Waldrand“, über ungeklärte „Todesfälle in der Hasenburg“ (Spiegel 23.06.2013). Angehörige und Jugendliche kamen zu den öffentlichen Veranstaltungen und haben ihre - auch nach Entlassung - anhaltenden traumatischen Erfahrungen dargestellt, dazu zählen massive Angstzustände, Schlafstörungen, Depressionen und Suizidgedanken u.a. Einige Eltern schalteten Anwälte ein, sie hätten sich von Amtsvertreterinnen unter Druck gesetzt gefühlt, bevor sie die Einwilligung zur Unterbringung gaben, die sie später bereuten.

- ❖ Friesenhof, Juni 2015: die Öffentlichkeit wird durch Veröffentlichungen und Skandale, dann der Schließung des Friesenhofes in Schleswig Holstein aufgeschreckt, wieder waren zahlreiche Hamburger (80?) Mädchen untergebracht worden<sup>12</sup>, wieder hatten die Kontrolleure nichts bemerkt, wieder berichtete die taz<sup>13</sup>.

Einweisungen in die geschlossenen Heime Hasenburg u.a. erfolgten durch familienrichterliche Beschlüsse gemäß § 1631b BGB, in Hamburg überwiegend auf Empfehlung durch das „Familien-Interventions-Team“ (FIT), dem müssen die Sorgeberechtigten oder deren gesetzliche Vertreter/Betreuer zustimmen. Bis zur Schließung wurden Einweisungen unter GU Bedingungen verfügt, trotz der Rückfallquoten.

### **Export von Problemkindern zu auswärtigen Trägern wieder auf dem Niveau von 1979**

Die ausgrenzende und abschiebende Jugendhilfepraxis hat Auswirkungen auf die Art der Hilfen und damit die Über-Lebenschancen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien, überdies trägt das Verschwinden dieser Jugendlichen zur Schwächung der Fachkompetenzen und des sozialräumlichen Hilfesysteme vor Ort bei. Wenn Kinder aus dem Blickfeld verschwinden, verkümmert die Fachkompetenz mit schwierigen Lebenslagen kompetent umzugehen.

### **Ob auswärtige Unterbringungen erfolgreicher sind?**

Das untersuchten 2001 im Auftrag der Behörde Winkelmann und Redlich<sup>14</sup>. Sie kamen zu dem Schluss: sie dauere im Schnitt länger (bei Hamburger Trägern damals im Schnitt 225 Tage dagegen auswärts 311 Tage) und waren auch nicht erfolgreicher, wurden vielmehr überdurchschnittlich häufiger durch die Hilfeempfänger oder durch die Einrichtung abgebrochen.

Einige Probleme seien hier beispielhaft genannt:

1. Die Verantwortung für Probleme wird auf Träger andernorts delegiert.
2. Auf die kind-, jugend- und familiengerechte Gestaltung der Region und auf

---

<sup>12</sup> Der Eppendorfer: Heimkinder im Abseits. Der Fall Friesenhof und der Jugendhilfeheimtourismus. 6/2015 Oder: Taz, Kaja Kutter: Mädchenheime sollen dicht machen. Vom 03.06.2015 S. 17; vom 08.06. 2015 : verstoß gegen Kinderrechte, S.21

Auch: 10.06.2015 : zahnlose Kontrolle. S.21

<sup>13</sup> Kaja Kutter: Zahnlose Kontrollen. Taz.

<sup>14</sup> H. Winkelmann und A. Redlich: Hilfen zur Erziehung gemäß §34 KJHG bei Hamburger und auswärtigen Trägern. Untersuchung der Jahrgänge 2000 und 2001 im Auftrag des Landesjugendamtes der FHH 2001.

chancenerweiternde Veränderungen im familiären und sozialen Umfeld wird in diesen vielen Fällen verzichtet, dazu gehört die Arbeit mit den Eltern, der Schule, den Kitas, Bereitstellung von Freizeitangeboten, berufsfördernden und beratenden Einrichtungen, eine breite Kooperation im Einzelfall.

3. Auswärts untergebrachte Jugendliche kehren alsbald, unvermeidlich aber als Jungerwachsene in ihr unverändertes Milieu zurück, dort haben sie sich entfremdet und sind sozial entwurzelt. Die Hilfen brechen, wie gezeigt häufiger vorzeitig ab. Um zu überleben, bleibt Jugendlichen dann oft nur der „Kiez“, das Drogen- und Prostitutionsmilieu.
4. Spätestens zu diesem Zeitpunkt werden Jugendliche für ihre Heimatstadt zu Problemen und bewegen sich fortan notgedrungen illegal durch den Großstadtdschungel, sind ausgegrenzt und mittendrin, wenn und weil Hilfen vor Ort fehlten.<sup>15</sup>
5. Für Jungerwachsene sind jetzt andere Systeme (z.B. Soziales, Psychiatrie, Strafsysteme) – oder aber niemand mehr zuständig. Psychisch kranke Jungerwachsene fallen aus allen Netzen heraus, sie vagabundieren in der Stadt herum, ohne wirksame Hilfen in ihrem Lebensumfeld zu finden.

Und wenn schon fachliche Argumente gerne als ideologisch abgetan werden, ziehen hier nicht einmal die finanziellen?

Mit nach 50% der nach Auswärts exportierten stationär untergebrachten Jugendlichen in HzE werden rund 68 Millionen Euro 2014 in auswärtige Einrichtungen gepumpt. Dieses Geld sollte in die Verbesserung hiesiger Fachkompetenz im Umgang mit schwierigen Fällen fließen. Dazu bedarf es eines permanenten Fort- und Weiterbildungsprozesses. Es könnten viele Bereiche davon ebenfalls profitieren. Ausgelagerte Jugendliche werden heimatlos gemacht.

### **Nur am Rande auf die seit Jahren ansteigende Psychiatrisierung und Hospitalisierungen bei weniger werdenden Kindern und Jugendlichen hingewiesen.**

Ein Zahlenvergleich für stationäre Hilfen und auch die Unterbringung außerhalb Hamburgs seit Beginn der Heimreform:

- 1979 waren 2.545 Kinder und Jugendliche in stationären Maßnahmen.
- 1989 waren 1.670 Kinder und Jugendliche stationär untergebracht, davon 7% außerhalb Hamburgs.
- 2008 waren 1903 Kinder und Jugendliche in stationären Maßnahmen, 1026, also mehr als 50% davon außerhalb Hamburgs.  
Die Kosten betragen 2008 für nach außerhalb exportierte Jugendliche 51.484.686 Euro<sup>16</sup>
- 2014 waren 2526 Fälle HzE gem. §§34 und 35 SGBVIII, davon 1192 ausserhalb Hamburgs untergebracht, also 48,8 %. Kosten 68.604.00 Euro, an auswärtige Träger<sup>17</sup>.

### **Un- er- hört hartnäckig und kritisch**

<sup>15</sup> Kötten, C: Erziehen unter Zwang. In: ausgegrenzt und mittendrin. IGFH Eigenverlag Frankfurt 2008.

<sup>16</sup> Drs. 21/193 Böddinghaus vom 14.4.2013: Auswärtige Unterbringung.

<sup>17</sup> Drs. 21/193 Böddinghaus vom 14.4.2013: Auswärtige Unterbringung.

Ohne Zusammenwirken von Fachleuten und Politik gegen Ausgrenzung und Verschieben wird sich dieser Wiederholungszwang fortsetzen, auf Kosten der davon Betroffenen.

Eine kleine kritische Fachöffentlichkeit hat die Wiedereinführung geschlossener Jugendheime seit Jahren begleitet<sup>18</sup>. Dazu gehören das *FORUM für Kinder und Jugendarbeit*, die Fachhochschulen, Arbeitskreise (des Rauhen Hauses und der Patriotischen Gesellschaft). Diese haben regelmäßig die politisch motivierte Rückkehr zur repressiven Erziehung kritisiert und sich für Alternativen eingesetzt.

### **Paradoxien in der gegenwärtigen Jugendhilfe - Vermeidbare Fehler im System?**

- ❖ Die bekannt werdenden Methoden, in den geschlossenen Einrichtungen erinnerten an Zeiten schwarzer Pädagogik. Gerade erst wurde über Misshandlungen von Kindern in kirchlichen und staatlichen Heimen, sogar in Internaten in den 1960-70er Jahren und darüber hinaus informiert, runde Tische gebildet, Entschädigungszahlungen waren ausgehandelt worden<sup>19</sup>. Auch der Hamburger Senat zahlt Entschädigungen an ehemalige Heimkinder, um paradoxerweise gleichzeitig erneut Jugendliche in repressive Einrichtungen zu exportieren, oder solche zu belegen.
- ❖ Während bei den Allgemeinen Sozialen Diensten extremer Personalmangel herrscht, wurde der von Schwarz /Schill gegründete Dienst: das FIT (Familien-Interventions-Team) – ein 8. Jugendamt – mit gegensätzlichen Zielen zu den repressionsfreien des SGB VIII, vom SPD Senat beibehalten. Überdies, im Unterschied zu den ASD, verfügt das FIT über die Zusage, höhere Kostensätze zu bewilligen. Bei Finanznot machen sich einige bezirkliche ASD diesen Umstand zunutze.

### **Schlussbemerkungen und Zusammenfassung – Wegsperrten, was Angst macht?**

Nachdem 2001 ein rechtskonservatives Bündnis in Hamburg die Wahlen mit der Gefahr durch die kriminellen Intensivtäter wahltaktisch und gut kalkuliert gewann, gibt es regelmäßig Nachahmer. Der sogenannte Kinderknast in der Feuerbergstraße entstand gegen den ausdrücklichen Rat fast aller Fachverbände. Die schlagzeilenträchtige Skandalisierung von Einzelfällen diente gezielter Panikmache und Desinformation.

Der Bürger soll Angst haben! Das Scheitern der rechtskonservativen Koalition war begleitet von steten Enthüllungen wegen Rechtsbrüchen durch parlamentarische Untersuchungsausschüsse.

Dass die Gefahr für die Bevölkerung durch die in fast allen Fällen erfolgten Ausbrüchen aus der GU erhöht wurde, die Gewalteskalationen in den Einrichtungen zur ständigen Personalfuktuation führten, darüber wurde in der Presse berichtet. All dessen ungeachtet setzt auch der SPD Kandidat und dann gewählte Bürgermeister Olaf Scholz ausdrücklich auf Einschluss und geschlossene Einrichtungen.

---

<sup>18</sup> Die Linke und die CDU erwirken Aktenvorlage „Friesenhof“ am 10.11.2015 Pressemitteilung DRS .der FHH Bürgerschaft.:21/890, der Linken: Aktenvorlageersuchen Friesenhof 24.06. 2015

<sup>19</sup> Schläge im Namen des Herrn, hieß ein Bericht darüber u.a.



Allerdings wird das Wegsperrn nach außerhalb verlagert. ( Hasenburg, dem Friesenhof ), schwarze Pädagogik auch dort, aber erheblich viel schwerer zu überprüfen. Wieder zahnlose Kontrollen.

Die Erfolge der kurzen Heim-Reformphase (1980-1989) und ein Rollback wurden gestreift. Ab 1990 wurde massiv politischer Druck ausgeübt, das Strafsystem zu erhalten und auszubauen.

Schwer erkämpfte Errungenschaften eines vernetzten, regionalen, repressionsfreien Jugendhilfesystems wurde rückgängig gemacht<sup>20</sup> und durch uneingelöste Versprechen nach mehr Sicherheit ersetzt. Die Paradigmen, die zur Integration über die Jugendhilfe hinaus, zur Verbesserung der Lebensbedingungen und fachlichen Qualifikationen im gesamten Feld sozial verursachter Problemlagen beitrugen, wurden als ideologisch verleugnet. Als reine Demagogie und Ideologie erweist sich dahingegen der IRR- Glaube an Erziehung durch Einsperren. Die Paradigmen einer kooperativen Jugendhilfe mit Hilfeplan und Beteiligung aller Fachleute erweist sich dagegen auch diesmal wieder als erfolgreich. Kein Jugendlicher musste seit Errichten der Koordinierungsstelle in eine GU eingewiesen werden. Das Wissen ist vorhanden und muss gezielt gefördert werden. Die kurze Phase der Repressionsfreiheit seinerzeit, die beschrieben ist, war erfolgreich.

Grundsätzlich gilt: Gegen die dann jeweils populistische geschürte Straflust anzukommen, ist schwer bis aussichtslos, wenn es an Grundhaltung dazu fehlt. Fachleute in den Behörden kämpfen gegen solche einfache Lösungen an.

Das Muster der Polarisierung und Ausgrenzung trifft die Jugend- und Sozialpolitik ebenso, wie die meisten Armen und ohnehin Ausgegrenzten sowie die derzeit massenweise Flüchtlinge aus Kriegsgebieten. Differenzierte Analysen der Versorgungslage und deren Mängel lieferte z.B. der Bericht der Hamburger Enquete-Kommission zur Jugendkriminalität und ihren gesellschaftlichen Ursachen<sup>21</sup>, denen man seinerzeit aber nur in seinen Vorschlägen für mehr Repression befolgte.

Mit den wenigen Evaluationen, wie Hans Thiersch, gezeigt hat, konnten in 70% der Fälle die Probleme gebessert werden, und zwar in offenen Hilfen zur Erziehung. Dieser Faktor erhöhte sich um das Sechsfache, wenn die Qualitätsstandards hoch waren. (Thiersch 1998<sup>22</sup>)

Fachleute wissen: „schwierige“, psychisch kranke und kriminelle Kinder und Jugendliche „entstehen“, auf dem Verschiebebahnhof der Institutionen. Kinder aus dem Gesichtsfeld zu entfernen, ist keine fachliche Lösung, es führt nicht zu mehr Sicherheit in der Bevölkerung.

Versorgungsstrukturen verlangen nach fachpolitischen kooperativen Konzepten, Stehvermögen der Verantwortlichen und nach einem langen Atem. Sozial traumatisierte Menschen haben ein Recht auf ein Leben in Würde, wie andere auch.

#### *Literatur:*

1) C. Köttgen/D. Kretzer/S. Richter: Aus dem Rahmen fallen. Psychiatrie - Verlag Bonn, 1990, Wenn alle Stricke reißen. Psychiatrieverlag 1989 Bonn;  
Ausgegrenzt und mitten drin. Hg. Köttgen. Frankfurt/M. IGFH Verlag 2007.

---

<sup>20</sup> C. Köttgen: Wegsperrn hilf nicht. In: A. Trojahn/ A. Döhner (HG) Gesellschaft, Gesundheit, Medizin. Mabuseverlag 2003 Frankfurt

<sup>21</sup> Enquete Kommission, Drs. Hamburg16/2000: Jugendkriminalität und ihre gesellschaftlichen Ursachen.

<sup>22</sup> H. Thiersch: Mehr Chancen für Kinder und Jugendliche. Leistungen und Grenzen der Heimerziehung. KohlhammerVerlag. 1998.

- 2) R. Schone: Grenzfälle zwischen Jugendhilfe und Psychiatrie (1989) FHH, Amt für Jugend. FHH, Informationen, Standpunkte, Empfehlungen Band 10 1991.
- 3) M. Lindenberg: Bezirksweise Entwicklung der Hilfen zur Erziehung 1996. Hamburg: Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung, Juni 1997.
- 4) H. Winkelmann/A. Redlich: Hilfen zur Erziehung gemäß § 34 KJHG bei Hamburgern und auswärtigen Trägern. Untersuchung der Jahrgänge 2000 und 2001 im Auftrag des Landesjugendamtes Hamburg, 2001, Manuskript.